Kirchliches

Gesetz und Verordnungsblatt

für den Amtsbezirk
des
evangelisch-lutherischen Landeskirchenamts
in Kiel

Stück 13.

Kiel, den 13. August

1931.

Inhalt: 104. Pfarrbesoldungsgesetz. Vom 3. Juli 1931 (S. 131). - 105. Kirchenkollekte zur Behebung der kirchlichen Not in Siebenbürgen (S. 132). - 106. Betreffend Friedhofsordnungen (S. 133). - 107. Betrifft Entwendung von Kirchenstegen (S. 143). - Personalien. - Erledigte Pfarrstellen.

Nr. 104. Pfarrbesoldungsgesetz. Vom 3. Juli 1931.

Der Landtag hat folgendes Gesetz beschlossen:

§ 1.

(1) Um den evangelischen Landeskirchen und der katholischen Kirche zu ermöglichen, die Dienst- und Versorgungsbezüge ihrer inländischen Pfarrer an die Bezüge der in Besoldungsgruppe A 2 b zur ersten planmäßigen Anstellung gelangenden unmittelbaren Staatsbeamten anzupassen, werden von Beginn des Rechnungsjahres 1931 ab jährlich folgende Bedürfniszuschüsse bereitgestellt:

- a) für die evangelischen Landeskirchen bis zu . . . 45 289 000 *R.M.*;
- b) für die katholische Kirche bis zu 19 030 000 "

(2) Die Zuschüsse werden von dem Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung und dem Finanzminister nach Benehmen mit den kirchlichen Behörden auf die einzelnen Landeskirchen und Diözesen verteilt.

§ 2.

Die Dienst- und Versorgungsbezüge der Pfarrer werden von den kirchlichen Behörden mit Zustimmung der beiden genannten Minister geregelt. Die Kirchengemeinden (Gemeindeverbände) sind verpflichtet, ihren Pfarrern die Bezüge insoweit zu gewähren, als sie nicht durch das Stelleneinkommen und andere kirchliche Einnahmen gedeckt sind.

§ 3.

(1) Sofern Kirchengemeinden (Gemeindeverbände) nicht imstande sind, ihre Verpflichtung zur Pfarrbesoldung zu erfüllen, sind ihnen aus den Staatsmitteln Beihilfen zu bewilligen. Auch den kirchlichen Stellen, denen die Versorgung der Ruhestandspfarrer und der Pfarrhinterbliebenen obliegt, stehen solche Beihilfen zu.

(2) Für die Bewilligung sind von den beiden Ministern nach Benehmen mit den kirchlichen Behörden Grundsätze aufzustellen.

(3) Bei Bemessung der steuerlichen Leistungsfähigkeit ist auf die sonstigen Verpflichtungen, Einrichtungen, Bedürfnisse und Aufgaben der Kirche, ihrer Gemeinden und Verbände entsprechend ihrer jeweiligen gesamten Wirtschaftslage Rücksicht zu nehmen.

§ 4.

Durch diese einstweilige Regelung wird der Ablösung der bisherigen Staatsleistung gemäß Artikel 138 der Reichsverfassung nicht vorgegriffen; insbesondere kann aus dieser Regelung von keiner Seite weder bei der endgültigen gesetzlichen Regelung der Pfarrbefoldung noch bei der Ablösung der Staatsleistungen nach ihrem Rechtsgrund, ihrem Inhalt oder ihrer Höhe ein Anspruch oder ein Einwand abgeleitet werden.

§ 5.

Dieses Gesetz gilt bis zum Ablauf des Rechnungsjahres 1933. Das Staatsministerium kann es bis zum Ablauf des Rechnungsjahres 1935 verlängern.

§ 6.

Die beiden genannten Minister führen das Gesetz aus.

Das vorstehende, vom Landtage beschlossene Gesetz wird hiermit verkündet. Die verfassungsmäßigen Rechte des Staatsrats sind gewahrt.

Berlin, den 3. Juli 1931.

Das Preußische Staatsministerium.

(Siegel.)

Braun. Höpker Aschoff. Grimme.

Vorstehendes Gesetz bringen wir hiermit zur allgemeinen Kenntnis.

Kiel, den 29. Juli 1931.

Evangelisch-lutherisches Landeskirchenamt.

Nr. B. 3154 (Dez. V).

D. Dr. Freiherr von Heinke.

Nr. 105. Kirchenkollekte zur Behebung der kirchlichen Not in Siebenbürgen.

Kiel, den 29. Juli 1931.

Mit Genehmigung der Kirchenregierung bestimmen wir hiermit, daß am 12. Sonntag nach Trinitatis (23. August 1931) in allen Kirchen unseres Aufsichtsgebiets bei allen an diesem Tage stattfindenden Hauptgottesdiensten eine allgemein verbindliche Kirchensammlung zur Behebung der kirchlichen Not in Siebenbürgen abgehalten wird.

Wir ersuchen die Herren Geistlichen, diese Kollekte den Gemeindegliedern warm zu empfehlen und die Sammlung nach besten Kräften zu fördern. Der reiche Grundbesitz der Kirche und der Gemeinden ist der rumänischen Agrargesetzgebung zum Opfer gefallen. Ein Kirchenvolk von nicht ganz einer Viertel Million Seelen, über einen unverhältnismäßig weiten Raum verstreut, steht unmittelbar vor der Gefahr, in seinem Bestand bis in die Grundfesten erschüttert zu werden. Von den rund 250 Kirchengemeinden befindet sich ein Teil in der Diaspora und konnte bisher nur in sorgfältiger Pflege durch Reiseprediger vor der nationalen und konfessionellen Verwahrlosung geschützt werden; sie alle stehen jetzt vor dem Untergang. Von den übrigen, in geordneten Verhältnissen lebenden Gemeinden sind mindestens 40 so arm geworden, daß sie aus eigenen Mitteln ihr Leben nicht erhalten könnten und vor der Gefahr der Auflösung stehen, wenn nicht von außen Hilfe

kommt. Die landeskirchliche Organisation kann, da ihr der rumänische Staat die ihr völkerrechtlich gesicherte ausgiebige Zuwendung vorenthält und da die landeskirchlichen Steuern in erheblichem Maße versagen, nicht ausgiebig helfen. So sieht sich diese in vielen Stürmen treu bewährte Kirche, die älteste und treueste Hüterin deutschen evangelischen Glaubenslebens im europäischen Osten, genötigt, die Hilfe der Glaubensbrüder im Mutterlande anzurufen. Die Kollektenerträge sind von den Herren Bröpsten (Landessuperintendent) unter gleichzeitiger Einsendung der Kollektennachweisung innerhalb der vorgeschriebenen vierwöchigen Frist mit Angabe der Zweckbestimmung auf unser Konto 1065 bei der Schleswig-Holsteinischen Landesbank in Kiel abzuführen.

Evangelisch-lutherisches Landeskirchenamt.

Nr. C. 4083 (Dez. II).

D. Dr. Freiherr von Heinke.

Nr. 106. Betreffend Friedhofsordnungen.

Kiel, den 5. August 1931.

Gemäß § 17 Abs. 3 der Verwaltungsordnung ist vom Kirchenvorstand eine Friedhofsordnung zu erlassen. In einigen Kirchengemeinden ist dieser Bestimmung noch nicht entsprochen; in anderen Kirchengemeinden sind die Friedhofsordnungen veraltet und bedürfen dringend der Erneuerung. In allen Fällen, in denen in Zukunft neue Friedhofsordnungen erlassen oder alte Friedhofsordnungen abgeändert werden, ist in der Regel das nachstehende Muster für eine Friedhofsordnung zugrunde zu legen. Es ist darauf Bedacht zu nehmen, daß auch die jetzt in Kraft befindlichen Friedhofsordnungen im Laufe der nächsten Jahre diesem Muster angepaßt werden.

Vor Erlass einer neuen Friedhofsordnung und ebenso vor Änderung der bestehenden Friedhofsordnung ist uns fortan eine Abschrift der in Aussicht genommenen neuen Fassung einzureichen. Durch örtliche Verhältnisse gebotene Abweichungen von wichtigen Bestimmungen des Musters sind im Begleitbericht kurz zu begründen.

Die praktische Durchführung der Bestimmungen des Musters ist eine der Voraussetzungen für die Hebung der Friedhofskultur. Der Reichsausschuß für Friedhof und Denkmal, der sich die Förderung der Friedhofskultur zur Aufgabe gemacht hat, hat die im Anschluß an das Muster abgedruckten Richtlinien für die Gestaltung der Grabstätten herausgegeben, die wertvolle Anregungen für die Kirchenvorstände wie auch für Grabstätteninhaber geben.

Muster für eine Friedhofsordnung.

Friedhofsordnung

für

I. Einleitende allgemeine Bestimmungen.

§ 1.

Eigentum.

Der Friedhof zu steht im Eigentum der Kirchengemeinde

§ 2.

Recht auf Benutzung.

Auf dem Friedhof werden die verstorbenen Kirchengemeindeglieder und solche auswärts verstorbenen Personen beigesetzt, die eine Grabstätte auf dem Friedhof erworben haben.

Andere Leichen müssen beigesetzt werden, wenn eine öffentlich-rechtliche Verpflichtung zur Beisetzung auf dem Friedhof besteht.

In allen übrigen Fällen entscheidet der Kirchenvorstand darüber, ob die Beisetzung zuzulassen ist.

§ 3.

Verwaltung und Aufsicht.

Die Verwaltung und Aufsicht über den Friedhof führt der Kirchenvorstand. Er kann die laufenden Verwaltungsgeschäfte einem Friedhofsausschuß übertragen¹⁾.

Bei Ausübung der Aufsicht bedient sich der Kirchenvorstand des Friedhofsauffsehers als ständigen Aufsichtsorgans. Dieser führt sein Amt nach der vom Kirchenvorstand erlassenen Dienst-anweisung.

II. Ordnungsvorschriften.

§ 4.

Besuchszeiten.

Der Friedhof ist im Sommer von 7 Uhr, im Winter von 8 Uhr bis zum Eintritt der Dunkelheit für den Besuch geöffnet²⁾. Das Schließen der Eingänge wird eine Viertelstunde vorher durch Glockenzeichen angekündigt.

Der Kirchenvorstand behält sich vor, zur Aufrechterhaltung der Ordnung und der Würde des Ortes den Friedhof ganz oder teilweise vorübergehend abzusperren.

§ 5.

Verhalten der Besucher.

Die Besucher haben sich ruhig und der Würde des Ortes angemessen zu benehmen.

Kinder unter 12 Jahren dürfen sich auf dem Friedhof nur unter Aufsicht von Erwachsenen aufhalten.

Hunde sind an der Leine zu führen.

Das Befahren der Wege³⁾ mit Fahrzeugen aller Art ist nicht gestattet, es sei denn, daß die Fahrzeuge für Arbeiten auf dem Friedhof benötigt werden. In diesen Fällen ist zuvor das Einverständnis des Friedhofsauffsehers einzuholen.

§ 6.

Verbote.

Es ist verboten:

in der Nähe von Beerdigungsfeierlichkeiten zu rauchen,

Druckschriften zu verteilen,

Waren aller Art oder gewerbliche Dienste anzubieten,

Einfriedigungen zu überschreiten, Grabsteine, Bänke, Baulichkeiten und gärtnerische Anlagen zu beschädigen oder zu beschmutzen,

Blumen oder sonstige Gewächse abzureißen oder mitzunehmen,

Abraum außerhalb der hierfür vorgesehenen Plätze abzulegen.

§ 7.

Anordnungen des Aufsichtspersonals.

Den Anordnungen des Friedhofsauffsehers und des sonstigen Aufsichtspersonals ist jederzeit Folge zu leisten.

¹⁾ Die Einsetzung eines Friedhofsausschusses empfiehlt sich nicht nur für größere Gemeinden, sie ist auch für kleinere Gemeinden erwünscht. In den Ausschuß sind nach Möglichkeit auch künstlerisch und fachmännisch geschulte Personen (Vertreter des Steinmetz- und Gartenbaugewerbes) zu berufen. Der Vorsitz im Ausschuß ist dem Vorsitzenden des Kirchenvorstands zu übertragen.

²⁾ Es ist zweckmäßig, die jeweilige Besuchszeit an den Eingängen des Friedhofs bekanntzugeben.

³⁾ Die Bestimmung ist den besonderen örtlichen Verhältnissen anzupassen.

Personen, die diese Anordnungen nicht beachten, insbesondere gegen die Bestimmungen in § 5 und § 6 verstoßen, können vom Friedhof verwiesen werden.

§ 8.

Gewerbliche Arbeiten.

Gewerbliche Arbeiten an den Grabstätten müssen vorher bei dem Friedhofsaufseher angemeldet werden. Beerdigungen dürfen durch die Arbeiten nicht gestört werden. Sonntagsarbeit ist verboten.

Gewerbetreibenden, die trotz Warnung wiederholt gegen die Anordnungen des Friedhofsaufsehers verstoßen, kann vom Kirchenvorstand die Arbeit auf dem Friedhof untersagt werden.

III. Grabstätten.

§ 9.

Einteilung des Friedhofs.

Der Friedhof ist eingeteilt in Felder für Erbgräber, Zeitgräber und Reihengräber für Erwachsene und Kinder⁴⁾.

Die Lage der Felder ergibt sich aus der Friedhofskarte, in der jede Grabstätte mit einer Nummer eingetragen ist.

§ 10.

Erwerb der Grabstätten.

Eine Grabstätte wird gegen Zahlung der festgesetzten Gebühr erworben.

Der Erwerb gewährt kein Eigentumsrecht. Der Erwerber erhält das Recht, die Grabstätte nach Maßgabe der jeweils geltenden Friedhofsordnung für Beerdigungen zu benutzen sowie auszustatten.

Der Erwerber erhält eine Erwerbsurkunde mit näherer Bezeichnung der erworbenen Grabstätte und ein Stück dieser Friedhofsordnung.

§ 11.

Berwefungszeit.

Die Berwefungszeit beträgt . . . Jahre, bei Gräbern von Kindern im Alter bis zu zwölf Jahren . . . Jahre.

Innerhalb der Berwefungszeit darf in jeder Grabstätte nur eine Leiche beigesetzt werden.

§ 12.

Schließung des Friedhofs.

Mit der Schließung des Friedhofs erlischt das Recht auf Benutzung der Grabstätten.

Entschädigungsansprüche aus der Friedhofsschließung stehen auch den Besitzern von Erb- und Zeitgräbern gegen die Kirchengemeinde nicht zu.

IV. Besondere Bestimmungen für Erbgräber.

§ 13.

Erbgräber werden auf Friedhofsdauer vergeben.

In Erbgräbern können der Erwerber und seine Angehörigen bestattet werden. Als Angehörige gelten:

- a) Ehegatten,
- b) Verwandte auf- und absteigender Linie, Adoptivkinder und Geschwister,
- c) die Ehegatten der unter b) bezeichneten Personen.

⁴⁾ In dem Muster sind nur die am häufigsten vorkommenden Grabstättenarten berücksichtigt. Dringend erwünscht ist es, daß im Laufe der Zeit eine Einheitlichkeit in den Grabstättenarten dadurch erzielt wird, daß nur die im Muster genannten Arten vergeben werden. Die Bezeichnung der Grabstättenarten ist örtlich verschieden; die Bezeichnung Kaufgräber ist zu vermeiden.

Die Aufnahme anderer Leichen in ein Erbgrab ist nur mit Genehmigung des Kirchenvorstandes statthaft.

V. Besondere Bestimmungen für Zeitgräber.

§ 14.

Zeitgräber werden für einen Zeitraum von 40 Jahren vergeben. Das Recht auf Bestattung in einem Zeitgrab steht zu⁵⁾:

- a) dem Erwerber der Grabstätte,
- b) dem Ehegatten oder Verlobten,
- c) den unverheirateten Kindern,
- d) den Eltern.

Die Aufnahme anderer Leichen in ein Zeitgrab ist nur mit Genehmigung des Kirchenvorstandes statthaft.

Nach Ablauf der 40jährigen Frist können Zeitgräber für die Hälfte der jeweils nach der Gebührenordnung zu entrichtenden Erwerbsgebühr neu erworben werden. Die bisher Berechtigten werden vom Kirchenvorstand zum Wiedererwerb innerhalb einer bestimmten Frist aufgefordert. Nach ergebnislosem Ablauf der Frist fällt die Grabstätte an die Kirchengemeinde zurück. Für die Aufforderung gilt die Bestimmung in § 35 Satz 3 der Friedhofsordnung.

VI. Gemeinsame Bestimmungen für Erb- und Zeitgräber.

§ 15.

Instandsetzung nach dem Erwerb.

Besitzer unbelegter Erb- und Zeitgräber sind verpflichtet, die Grabstätte in Ordnung zu halten. Kommen sie dieser Verpflichtung nicht nach, so wird nach § 35 der Friedhofsordnung verfahren.

§ 16.

Umschreibung.

Das Grabstättenrecht ist an die gesetzlichen Erben vererblich.

Der neue Grabstättenbesitzer hat innerhalb von . . . Monaten die ordnungsmäßige Umschreibung auf seinen Namen zu beantragen. Ist die Frist versäumt, so fällt die Grabstätte an die Kirchengemeinde zurück.

§ 17.

Wiederbelegung.

Erb- und Zeitgräber dürfen nach Ablauf der Verwesungszeit wieder belegt werden, wenn der Nachweis erbracht wird, daß der Erwerber der Grabstätte mit der Wiederbelegung einverstanden war.

§ 18.

Rückerwerb.

Nicht belegte Erb- oder Zeitgräber können durch die Friedhofsverwaltung für die Hälfte der vom Erwerber gezahlten Erwerbsgebühr zurückerworben werden.

§ 19.

Erlöschen des Rechts.

Das Recht auf Benutzung eines Erb- oder Zeitgrabes erlischt, abgesehen vom Fall des § 12 der Friedhofsordnung, wenn die Berechtigten sämtlich verstorben sind oder auf das Recht ausdrücklich verzichten. Die Grabstätte fällt in diesen Fällen an die Kirchengemeinde zurück.

⁵⁾ Der Kreis der Berechtigten ist kleiner zu wählen als bei Erbgräbern.

VII. Besondere Bestimmungen für Reihengräber.

§ 20.

Reihengräber werden für die Dauer der Verwesungszeit vergeben.

In Reihengräbern wird in ununterbrochener Reihenfolge nach Anweisung des Friedhofsaufsehers bestattet⁶⁾.

Von einem Reihengrab in ein anderes umzubetten ist unzulässig.

Nach Ablauf der Verwesungszeit fallen die Reihengräber an die Kirchengemeinde zurück.

Ein Wiedererwerb von Reihengräbern ist ausgeschlossen⁷⁾.

VIII. Anlage der Grabstätten.

§ 21.

Aushebung des Grabes.

Ein Grab darf nur durch den Friedhofsaufseher oder durch die ihm hierfür zugewiesenen Hilfskräfte ausgehoben und geschlossen werden.

Bei der neuen Belegung einer Grabstätte aufgefundenene Gebeine aus einer früheren Bestattung werden auf dem Boden der Grabstätte eingegraben. Beigesetzte Aschenurnen werden entfernt. Die Asche wird an geeigneter Stelle des Friedhofs der Erde übergeben.

§ 22.

Tiefe des Grabes.

Jedes Grab ist in einer Tiefe von mindestens 1 1/2 m und höchstens 2 m anzulegen. Wenn die Tiefe von 1 1/2 m wegen hohen Grundwasserstandes nicht herzustellen ist, muß der Grabhügel so hoch angelegt werden, daß seine Oberfläche 0,90 m über dem Sargdeckel liegt. Das gleiche gilt für Gräber von Kindern unter 12 Jahren; für sie genügt eine Grabtiefe von 1,20 m.

§ 23.

Größe der Grabstätte.

Die Erb- und Zeitgräber werden in einer Länge von 2,50 m und einer Breite von 1,15 m, die Reihengräber in einer Länge von 2 m und einer Breite von 0,90 m, die Gräber von Kindern bis zu 10 Jahren in einer Länge von 1,20 m und einer Breite von 0,50 m ausgelegt⁸⁾.

Zwischen zwei Grabstätten bleibt der Länge und der Breite nach eine Erdschicht von mindestens 0,30 m Stärke stehen. Zwischen den einzelnen Gräberreihen bleibt ein Raum von 0,50 m frei.

§ 24.

Erwerb von Nebenland.

Wo es die Anlage gestattet, kann Nebenland für Grabsteine, Anpflanzungen und Bänke gegen tarifmäßige Gebühr überwiesen werden. Beigesetzt wird in diesen Flächen nicht.

IX. Ausstattung der Grabstätten.

§ 25.

Genehmigung.

Grabsteine, Einfriedigungen, Einfassungen und sonstige bauliche Anlagen dürfen nur mit Genehmigung des Friedhofsausschusses — Kirchenvorstands⁹⁾ — errichtet werden.

⁶⁾ Ausnahmen von dieser Bestimmung sollen nicht zugelassen oder doch auf ganz besondere Ausnahmefälle beschränkt werden.

⁷⁾ Bei Zulassung des Wiedererwerbs wird die Wiederbelegung der Reihengrabfelder erschwert.

⁸⁾ Die angegebenen Maße können, wenn es die örtlichen Verhältnisse erfordern, abgeändert werden. Das Mindestmaß von 0,30 m in Absatz 2 ist dagegen polizeiliche Vorschrift.

⁹⁾ Zu streichen, wenn ein Friedhofsausschuß eingesetzt ist.

Für bestimmte Felder können Werkstoff, Art und Größe der Grabsteine, Einfriedigungen usw. vorgeschrieben werden. Auch kann bestimmt werden, daß in einzelnen Feldern Einfriedigungen unstatthaft sind.

§ 26.

Größenmaße der Grabsteine.

Grabsteine auf Reihengräbern dürfen in der Regel folgende Kernmaße der Höhe nach nicht überschreiten: bei Kindergrabstätten 0,80 m, bei Grabstätten für Erwachsene 1,20 m.

Grabsteine auf Erb- oder Zeitgräbern sollen in der Regel nicht höher als 1,75 m sein. Ausnahmen sind an einzelnen besonders hierfür vorgesehenen Plätzen (Endpunkte von Wegen, an der Kirchenmauer, vor größeren Strauch- — oder Baumgruppen usw.) zulässig, doch wird in diesem Fall eine besondere künstlerische Lösung verlangt.

§ 27.

Zeichnungen.

Mit dem Gesuch um Genehmigung der Aufstellung eines Grabsteins ist eine Zeichnung des Grabsteins im Maßstab 1 : 10 einzureichen, aus der alle Einzelheiten ersichtlich sein müssen. In besonderen Fällen kann die Ausführung von der Vorlegung größerer Maßstabzeichnungen oder von Modellen abhängig gemacht werden.

Dem Gesuch sind genaue Angaben über Art und Bearbeitung des Werkstoffs und über Inhalt, Form und Anordnung der Schrift beizufügen.

§ 28.

Werkstoff und Inschriften.

Unzulässig sind:

a) alles nicht Gediegene und nicht Wetterbeständige, z. B. Grabsteine und Einfassungen aus gegoffener Zementware, Terrazzo, schwarzem Kunststein, sowie in Zement angetragener oder gegoffener ornamentaler und figürlicher Schmuck; ferner Kunststeinsockel unter Natursteindentmalern; alle Nachahmungen echter Werkstoffe sowie Zutaten an Grabsteinen, z. B. aus Metall, Keramik, Porzellan, spiegelndem Glas, Schlacken und dergl., soweit sie den Eindruck geringwertiger Massenware machen und sich nicht harmonisch dem Grabstein einfügen; Lichtbilder;

b) Ölfarbenaufstrich bei Steingrabmalern,

c) Inschriften, Sinnbilder, die der Weihe des Orts nicht entsprechen oder an denen das evangelische Empfinden mit Recht Anstoß nehmen könnte.

Firmenzeichen dürfen nur unauffällig und seitlich angebracht werden.

§ 29.

Nicht genehmigte Aufstellung.

Nicht genehmigte Grabsteine, Inschriften, Einfriedigungen usw. oder Grabsteine, die der vorgelegten Zeichnung nicht entsprechen, können vom Kirchenvorstand auf Kosten des Grabinhabers entfernt werden.

§ 30.

Aufstellung.

Jeder Grabstein muß entsprechend seiner Größe dauerhaft gegründet sein. Die Grenzen der Grabstätte dürfen nicht überschritten, der für den Sarg erforderliche Raum darf durch den Grabstein nicht in Anspruch genommen werden. In allen Fällen ist eine Schädigung der Nachbargrabstätten und der Friedhofsanlagen zu vermeiden.

Für allen Schaden, der durch die Nichtbeachtung dieser Bestimmungen entsteht, haben die Beteiligten aufzukommen. Ebenso sind die Grabstätteninhaber für allen Schaden haftbar, der infolge

ihres Verschuldens durch Umfallen der Grabsteine oder durch Abstürzen von Grabsteinteilen verursacht wird.

§ 31.

Schutz der Grabsteine.

Grabsteine und sonstige Ausstattungsgegenstände dürfen nicht ohne Genehmigung des Kirchenvorstands entfernt oder abgeändert werden.

Künstlerisch oder geschichtlich wertvolle Grabsteine oder solche, die als besondere Eigenart des Friedhofs aus früheren Zeiten zu gelten haben, und Grabstätten von bedeutenden Persönlichkeiten werden in einem Verzeichnis geführt und unterstehen dem besonderen Schutz des Kirchenvorstands.

§ 32.

Bepflanzung der Grabstätten.

Grabhügel dürfen, abgesehen von der Ausnahme des § 22 der Friedhofsordnung, nicht über 0,20 m hoch sein.

Die Bepflanzung der Grabstätten ist erwünscht, jedoch sind zur Bepflanzung nur geeignete Gewächse zu verwenden, welche die benachbarten Grabstätten nicht stören. Der Kirchenvorstand kann für einzelne Felder bestimmte Vorschriften über die Art der Bepflanzung der Grabstätten erlassen.

Beseitigt oder verändert werden dürfen die auf den Grabstätten gepflanzten Bäume und Sträucher nur mit Erlaubnis des Friedhofsausschusses — Kirchenvorstands —¹⁰⁾. Dieser kann ferner den Schnitt oder die völlige Beseitigung stark wuchernder oder absterbender Bäume und Sträucher anordnen.

Verwelkte Blumen und Kränze sind von den Grabstätten zu entfernen. Grabkränze dürfen nicht aus Draht, Blech, Glasperlen, nachgebildetem Metall sein.

Gräber mit Silberfries oder anderem grellfarbigem Kies zu bestreuen sowie unwürdige Gefäße (Konservendosen und dergl.) zur Aufnahme von Blumen auf Grabstätten aufzustellen, ist verboten.

Bänke oder Stühle dürfen nur mit besonderer Erlaubnis, unter keinen Umständen auf den Grabbeeten selbst, aufgestellt werden.

§ 33.

Ausführung der Arbeiten.

Alle Arbeiten auf Grabstätten, die über eine einfache Grabpflege hinausgehen, dürfen nur im Einverständnis mit dem Friedhofsaufseher ausgeführt werden.

X. Unterhaltung der Grabstätten.

§ 34.

Grabpflege.

Die Pflege und Instandhaltung der Grabstätten ist Sache der Besitzer. Sie können die Pflege vertraglich der Kirchengemeinde übertragen und zwar dauernd gegen eine einmalige Vergütung oder zeitweise gegen eine fortlaufende Vergütung. Die jährliche Pflege umfaßt die regelmäßige Reinigung und gärtnerische Unterhaltung, die dauernde Pflege außerdem die Bepflanzung der Grabstätte sowie die Unterhaltung der Grabsteine und der Einfriedigung. Für Verwitterungsschäden an Grabsteinen oder Einfriedigungen und für Schäden, die durch gewaltsame Einwirkungen entstehen, kommt die Kirchengemeinde nicht auf.

¹⁰⁾ Zu streichen, wenn ein Friedhofsausschuß eingesetzt ist.

§ 35.

Vernachlässigung der Instandhaltung.

Bei Vernachlässigung der Instandhaltung werden die Grabstättenbesitzer aufgefordert, die Grabstätte innerhalb einer bestimmten Frist instand zu setzen. Nach ergebnislosem Ablauf der Frist fällt die Grabstätte an die Kirchengemeinde zurück. Die Aufforderung wird an diejenigen Grabstättenbesitzer, deren Anschrift bekannt ist, durch schriftliche Mitteilung, im übrigen durch eine allgemeine Bekanntmachung in der Zeitung bewirkt¹¹⁾.

XI. Rückfall von Grabstätten.

§ 36.

Verfügungsrecht über die Grabstätten.

In allen Fällen, in denen eine Grabstätte nach den Bestimmungen dieser Friedhofsordnung an die Kirchengemeinde zurückfällt, kann der Kirchenvorstand nach Ablauf der Verwesungszeit für die zuletzt bestattete Leiche über die Grabstätte anderweitig verfügen.

§ 37.

Verlust des Eigentums an den Ausstattungsgegenständen.

Grabsteine und sonstige Ausstattungsgegenstände werden im Falle des § 36 den Berechtigten zur Verfügung gestellt. Wenn diese nicht innerhalb von drei Monaten die Gegenstände sich ausändigen lassen, so gehen sie in das Eigentum der Kirchengemeinde über.

XII. Grabregister.

§ 38.

Jede belegte Grabstätte wird von der Friedhofsverwaltung mit einer Nummer versehen, die auf der Einfassung der Grabstätte oder auf einem besonderen Nummernpfahl oder Nummerstein angebracht wird.

Über sämtliche Grabstätten werden die vorgeschriebenen Register (chronologisches Beerdigungsregister und topographisches Grabregister) geführt.

XIII. Aschenurnen.

§ 39.

Aschenurnen dürfen nur unterirdisch¹²⁾ in einer Tiefe von mindestens 0,60 m beigesetzt werden.

In einer mit einer Leiche belegten Grabstätte darf nur eine Aschenurne beigesetzt werden. In den letzten zehn Jahren der Verwesungszeit ist die Beisetzung nicht mehr statthaft. In unbelegten Grabstätten dürfen Aschenurnen beigesetzt werden, soweit es der Raum zuläßt.

XIV. Ausgrabung.

§ 40.

Die Ausgrabung von Leichen ist, abgesehen von einer gerichtlich angeordneten Ausgrabung, nur mit Erlaubnis der Ortspolizeibehörde und mit Genehmigung des Kirchenvorstandes zulässig. Die Erteilung der Genehmigung kann von der Bereitstellung eines Ersatzfarges und von der Entrichtung eines Vorschusses zur Deckung des an benachbarten Grabstätten etwa entstehenden Schadens abhängig gemacht werden.

Die Kirchengemeinde ist nicht verpflichtet, Grabstätten, aus denen eine Leiche ausgegraben ist, zurückzunehmen.

¹¹⁾ Es empfiehlt sich, in der Bekanntmachung die Namen oder die Grabfelder anzugeben.

¹²⁾ Soll auch die oberirdische Aufstellung gestattet sein, so ist die Bestimmung entsprechend zu ändern.

XV. Leichenhalle.

§ 41.

Die Leichen werden, soweit es der Raum gestattet, auf Wunsch der Angehörigen in die Leichenhalle aufgenommen.

Die Leichen der an anzeigepflichtigen ansteckenden Krankheiten Verstorbenen müssen sofort in geschlossenen Särgen in die Leichenhalle gebracht werden, wo sie tunlichst in einem besonderen Raum aufgestellt werden. Diese Säрге werden zur Besichtigung durch Angehörige nur mit Genehmigung des Kreisarztes vorübergehend nochmals geöffnet. Die Wiederöffnung der von auswärts kommenden Säрге ist gleichfalls nur mit Genehmigung des Kreisarztes zulässig.

XVI. Beerdigungen.

§ 42.

Anmeldung.

Jede Beerdigung ist spätestens 24 Stunden vorher dem Pastor oder, wenn dieser bei der Beerdigung nicht mitwirkt, dem Friedhofsaufseher unter Vorlegung der vom Standesamt ausgestellten Sterbeurkunde oder einer ortspolizeilichen Bescheinigung anzuzeigen. Vor der Beisetzung von Aschenurnen ist der Schein über die Einäscherung einzureichen.

Der Friedhofsaufseher darf die Vorbereitungen für eine Beerdigung erst dann treffen, wenn ihm hierzu vom Vorsitzenden des Kirchenvorstands die Erlaubnis erteilt ist.

§ 43.

Zeitpunkt der Beerdigung.

Die Beerdigung darf frühestens 72 Stunden nach dem Eintritt des Todes erfolgen, es sei denn, daß der Eintritt des Todes durch einen approbierten Arzt bescheinigt wird, oder daß nach der Seuchengesetzgebung von den zuständigen Stellen die frühere Beerdigung aus besonderem Anlaß angeordnet wird.

An Sonn- und Feiertagen findet keine Beerdigung statt.

§ 44.

Grabreden und Leitung der Beerdigung.

Geistliche einer nicht evangelischen Religionsgemeinschaft und Laien dürfen nur mit Erlaubnis des Vorsitzenden des Kirchenvorstands auf dem Friedhof öffentlich Gebete sprechen, Reden halten oder Grabzeremonien vornehmen. Auch dürfen am Grabe und auf dem Friedhof nur solche Gesänge und Lieder gesungen und solche Musikstücke vorgetragen werden, die der zuständige Geistliche vorher genehmigt hat.

Die Leitung der Beerdigung steht dem amtierenden Geistlichen zu.

XVII. Gebühren.

§ 45.

An Gebühren werden erhoben:

.....

— Gebühren werden nach Maßgabe der Gebührenordnung erhoben —¹³⁾.

Sämtliche Gebühren sind im voraus zu zahlen.

Für erst später fällig werdende Gebühren ist die jeweils geltende Gebührenordnung maßgebend.

¹³⁾ Das nicht Zutreffende ist zu streichen. Die Aufstellung einer besonderen Gebührenordnung, die als Anhang der Friedhofsordnung beigelegt werden kann, wird für größere Kirchengemeinden zweckmäßig sein.

XVIII. Inkrasttreten.

§ 46.

Diese Friedhofsordnung tritt am in Kraft.
, den 19 . . .

Der Kirchenvorstand.

Vom Reichsausschuß für Friedhof und Denkmal aufgestellte

Richtlinien

für die Gestaltung der Grabstätten.

1. Zur Erzielung einer guten Gesamtwirkung des Friedhofs ist Rücksicht auf die Umgebung der Grabstätte zu nehmen.

Benachbarte, zueinander in Beziehung tretende Grabmale befriedigen nur, wenn sie aufeinander abgestimmt sind. Es empfiehlt sich daher, für Gräberreihen und Grabfelder bestimmte Vorschriften über die Werkstoffe, Kernmaße und Formen der Grabmale zu erlassen.

2. Das Grabmal erhält seinen Wert und seine Wirkung

a) durch Güte und werkgerechte Bearbeitung des Werkstoffes,

b) durch schöne Form sowie Verwendung guter Schrift- und Schmuckformen.

3. Jeder wetterbeständige Werkstoff ist zur Herstellung von Grabmalen geeignet; Sandstein, Kalkstein, Marmor, Granit, Syenit und andere Natursteine, ferner Betonwerkstein, Keramik sowie auch Glas, Holz und Eisen.

4. Für die Verwendung der Hartgesteine ist mit Rücksicht auf ihre mannigfaltige innere Färbung und die bei ihnen bestehende besondere Möglichkeit verschiedenartiger flächiger und plastischer Bearbeitung (Stoßen, Schleifen und Polieren) folgendes zu beachten:

Geschliffene oder polierte Flächen dürfen nicht unmittelbar in seitlich anstoßende rauhe Flächen übergehen, sondern müssen von einem Kantenschlag, Falz oder anderer Umrahmung, die vermittelt, umgeben sein.

Rohbofferte oder gesprengte Flächen sind im Zusammenhang mit feiner bearbeiteten Seiten unzulässig.

Bei Grabmalen aus dunklen Steinen ist spiegelnde Politur größerer Flächen zu vermeiden, es sei denn, es handele sich um Grabmale mit künstlerisch wertvoller Lösung. Als dunkle Steine in diesem Sinne werden festgelegt:

a) schwarz-schwedischer Granit,

b) schwedischer Neugrün-Granit,

c) dunkler Blauberg,

d) dunkler Labrador,

e) deutscher, tiefdunkler Syenit und

f) hessischer Grünstein (Diabas).

5. Kunststein (Betonwerkstein) ist zuzulassen, wenn seine Außenschicht aus Natursteinmischung besteht, welche nach Erhärtung steinmehrmäßig bearbeitet (scharriert, gestoßt, geschliffen usw.) oder durch besondere Verfahren derart behandelt wird, daß die Zementhaut entfernt ist.

6. Bei Glasplatten ist spiegelnde Politur größerer Flächen zu vermeiden. Glasplatten sind zuzulassen mit matter Oberfläche oder erhabener Schrift auf mattem Grund.

7. Die Verwendung verschiedener Werkstoffe an einem Grabmal erfordert besonderes künstlerisches Feingefühl; insbesondere gilt dies für Zutaten von Metall, Keramik und Glas.

8. Gehaltvolle Inschrift und symbolischer Schmuck steigern den Wert eines Grabmals. Die Schrift ist außerdem ein wichtiger schmückender Teil des Grabmals. Auf die Durchbildung und gute Verteilung von Schrift und Symbolen ist besonderer Wert zu legen.

9. Nach diesen Grundsätzen verleiht der Reichsausschuß für Friedhof und Denkmal die Qualitätsmarke - ZZ -, die ein geschütztes Zeichen des Reichsausschusses ist. Die mit dem ZZ-Zeichen versehenen Grabmale sind bei allen deutschen Friedhofsbehörden zuzulassen, soweit nicht örtliche Vorschriften im Sinne des § 26 der Musterfriedhofsordnung¹⁾ dem entgegenstehen.

10. Für die Wirkung der Grabstätte ist nicht nur das Grabmal, sondern die ganze Grabanlage von Bedeutung, die ein künstlerisches Ganzes bilden muß. Eine gute gärtnerische Bepflanzung und Pflege ist notwendig. Die Grabmale sollen möglichst im Grünen stehen.

11. Um den Eindruck der Steinanhäufung zu vermeiden, muß die Friedhofsverwaltung für reichliche Bepflanzung des Friedhofes, Umpflanzung der einzelnen Grabfelder und Durchsetzen der Grabreihen mit Hecken sorgen.

Für die Grabpflanzen sind geeignete immergrüne Pflanzungen, wie Efeu, Immergrün, Evonymus radicans, Sedum, Sagina und dergl., besonders zu empfehlen. Auch einheitlicher Blumenschmuck ist erwünscht.

12. Einfassungen des Einzelgrabes aus Stein, Holz oder Eisen sind in den Grabfeldern zu vermeiden.

Wo örtliche Gepflogenheiten diese in einer geschmackvoll wertvollen Form eingebürgert haben oder wo besondere Boden- und Geländeverhältnisse solche erwünscht erscheinen lassen, würden Sonderbestimmungen zu treffen sein, die gewährleisten, daß häßliche Erzeugnisse ausgeschaltet werden.

Evangelisch-lutherisches Landeskirchenamt.

In Vertretung:

Simonis.

Nr. C. 4293 (Dez. VI).

Nr. 107. Betrifft Entwendung von Kircheniegeln.

Kiel, den 7. August 1931.

Bei einem Einbruch im Pastorat zu Schlamersdorf sind in der Nacht vom 23. zum 24. Juli zwei amtliche Kircheniegel entwendet worden. Da die Aufbewahrung der Kircheniegel in einem unbewohnten Pastorat untunlich ist, ordnen wir an, daß im Falle einer Vakanz die Kircheniegel bei der gemäß § 7 Abs. 3 Satz 2 der Verwaltungsordnung zu bewirkenden Übergabe des Archivs dem Stellvertreter im Amt oder dem gemäß § 37 Abs. 2 der Verfassung gewählten Kirchenältesten auszuhändigen sind, der die Siegel in seinem Hause aufzubewahren hat.

Evangelisch-lutherisches Landeskirchenamt.

D. Dr. Freiherr von Heinke.

Nr. C. 4420 (VI).

Personalien.

Entlassen: Auf seinen Antrag zum 1. Oktober 1931 Lic. Pastor Walter Bülf, Laboe, wegen Ernennung zum ordentlichen Professor der Theologie an der Universität Kiel.

¹⁾ Des Reichsausschusses für Friedhof und Denkmal.

Erledigte Pfarrstellen.

Die erste Pfarrstelle in **Gettorf** wird zum 1. November vakant. Endgültige Bezirksteilung vorbehalten. Schönes, geräumiges Haus, großer Garten. Alle Schulen in Eckernförde und Kiel leicht zu erreichen. Besoldung nach der Übergangsverordnung. Das Landeskirchenamt präsentiert, die Gemeinde wählt. Bewerbungen mit Lebenslauf und Zeugnisabschriften werden bis zum 1. September an den Synodalausschuß in Eckernförde erbeten.

Die Pfarrstelle in **Schwefing** wird erneut zur Bewerbung ausgeschrieben. Das Landeskirchenamt präsentiert, die Gemeinde wählt. Die Besoldung erfolgt nach den Grundsätzen für die Übergangsvorsorgung. Ortsklasse C. Höhere Schulen, Gymnasium und Oberlyzeum, sind in Husum zu erreichen. Bewerbungen mit Lebenslauf und Zeugnissen sind bis zum 28. August 1931 an den Synodalausschuß in Husum einzureichen.

Die durch Versetzung des Stelleninhabers frei gewordene Pfarrstelle zu **Hollingstedt** wird erneut ausgeschrieben. Das Landeskirchenamt präsentiert, die Gemeinde wählt. Das Dienst Einkommen richtet sich nach den Grundsätzen für die Übergangsvorsorgung. Schönes Pastorat mit Garten ist vorhanden. Bewerbungen mit Lebenslauf und Zeugnissen sind bis zum 19. September 1931 an den Synodalausschuß zu Schleswig zu richten.